

Balkanstaaten im Rüstungswettlauf: Serbien sieht rote Linien überschritten!

Kosovo, Albanien und Kroatien vertiefen ihre militärische Zusammenarbeit, was Serbien beunruhigt und als Provokation empfindet.



Ohrid, Nordmazedonien - In einer dramatischen Wendung der Ereignisse steht die Region Balkanstaaten im Fokus, da die Länder Kosovo, Albanien und Kroatien ihre militärische Zusammenarbeit ausbauen wollen. Ein kürzlich unterzeichnetes Abkommen dient der Stärkung der Interoperabilität und der Kooperation in der Rüstungsindustrie. Diese Entwicklung hat in Serbien Empörung ausgelöst: Präsident Aleksandar Vučić bezeichnete das Abkommen als „offene Provokation“ und warnte vor einem möglichen Aufrüstungswettlauf in der Region. Serbiens Außenministerium kritisierte das Abkommen als gefährlichen Präzedenzfall und forderte eine Erklärung, warum es von wichtigen Diskussionen über kollektive Sicherheit ausgeschlossen wurde, wie **Krone.at** berichtete.

Im Schatten dieser militärischen Spannungen stehen die Bemühungen um eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Serbien und dem Kosovo, unterstützt von der EU. Laut dem EU-Außenbeauftragten Josep Borrell haben sich die Regierungschefs beider Länder darauf geeinigt, ein bereits verhandeltes Abkommen umzusetzen. Dieses soll es Serbien ermöglichen, die Eigenstaatlichkeit des Kosovo anzuerkennen, ohne es völkerrechtlich zu legitimieren. In einem komplizierten Austausch könnte Serbien die Anerkennung von Reisepässen und anderen Dokumenten des Kosovo akzeptieren, während der Kosovo im Gegenzug die Rechte der serbischen Minderheit innerhalb seiner Grenzen sichern soll. Diese Informationen wurden von **Tagesschau.de** bereitgestellt.

Reaktionen und Herausforderungen

Die Reaktionen auf die militärische Kooperation zwischen Kosovo, Albanien und Kroatien sind in Serbien gespalten. Der kroatische Verteidigungsminister Ivan Anušić ließ durchblicken, dass Kroatien nicht die Zustimmung Belgrads benötige, um dieses Abkommen zu verabschieden. Premierminister Andrej Plenković betonte, dass die Zusammenarbeit nicht von Serbien oder der NATO genehmigt werden müsse, was auf die sich verändernde politische Landschaft in der Region hinweist. Zugleich gibt es weiter Druck auf Vučić und seinen kosovarischen Amtskollegen Albin Kurti, die Beziehungen durch das neu geplante Abkommen zu normalisieren. Beide stehen jedoch innerstaatlichem Druck gegenüber: Serbische Nationalisten fordern eine harte Linie gegen den Kosovo, während im Kosovo Ängste bestehen, dass Zugeständnisse die staatliche Integrität gefährden könnten.

Details	
Vorfall	Politik
Ort	Ohrid, Nordmazedonien
Quellen	• www.krone.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at